

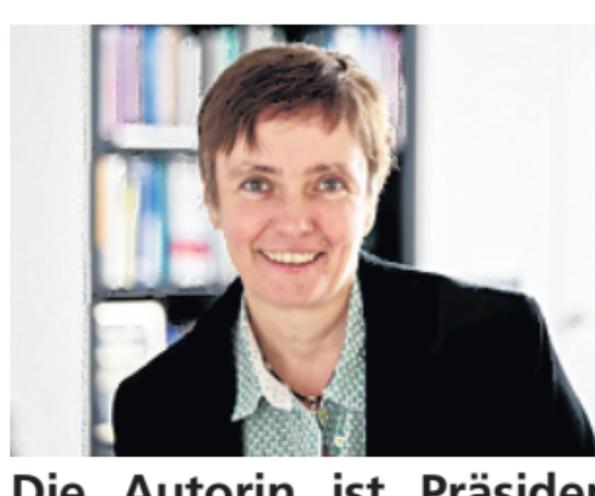
Der Ukraine-Krieg trifft den Mittelstand

VON FRIEDERIKE WELTER

Seit dem 24. Februar tobt in der Ukraine ein furchtbarer, von Russland entfesselter Krieg. Anfangs schien es, als ob die Ukrainerinnen und Ukrainer keine Chance gegen die militärische Übermacht Russlands hätten. Der große Freiheitswille der ukrainischen Bevölkerung, der Zusammenhalt der westlichen Demokratien und die Sanktionen gegen Russland haben aber in den vergangenen Wochen dazu geführt, dass die Ukrainerinnen und Ukrainer sich bislang ebenso tapfer gegen die russische Übermacht wehren konnten wie in der biblischen Erzählung David gegen Goliath. Der grausame Krieg trifft an vorderster Front die ukrainische Bevölkerung – doch die Folgen dieses Konflikts sind auch weltweit spürbar: Er beeinträchtigt im großen Maße die weltweite Lebensmittelversorgung – insbesondere aber diejenige in einigen afrikanischen Ländern. Auch wirkt er sich auf die wirtschaftliche Entwicklung vieler Staaten – und damit auf den Wohlstand in diesen Ländern – aus. So auch in Deutschland: Nach dem exogenen Schock Corona-Pandemie, die den Mittelstand in den vergangenen zwei Jahren in Teilbereichen massiv tangiert hat, stellt der Krieg in der Ukraine die mittelständischen Unternehmen vor neue Herausforderungen. Zwar sind die direkten Folgen des Krieges aufgrund der geringen Verflechtungen mit Russland und der Ukraine gering, die Unternehmen leiden jedoch unter den gestiegenen Preisen für Vorprodukte, Rohstoffe und Energie. Auch ist zu erwarten, dass die Nachfrage der privaten Haushalte nach Produkten und Dienstleistungen umso mehr sinken wird, je stärker die Lebenshaltungskosten und die Energiepreise steigen. Dies wiederum könnte auf Dauer diejenigen mittelständischen Unternehmen treffen, die schon unter der Pandemie gelitten haben, wie beispielsweise die Gastronomie oder die Kulturschaffenden.

Die Bundesregierung hat bereits erste Unterstützungsmaßnahmen für die mittelständischen Unternehmen initiiert. Im Hinblick auf weitere staatliche Unterstützung sollte jedoch unterschieden werden, ob die Notlage der Unternehmen auf einer unvorhersehbaren existenzgefährdenden Ausnahmesituation oder auf unternehmerischem Risiko beruht. Oder anders ausgedrückt: Wer trotz der Annexion der Krim im Jahre 2014 weiterhin in Russland unternehmerisch tätig war, ist bewusst ein erhöhtes Risiko eingegangen. Wenn sich im Zuge des Ukraine-Krieges die wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens verschlechtert hat, ist dieses Risiko mit den früheren ökonomischen Chancen abgegolten worden.

Anders ist die Notlage der Unternehmen zu beurteilen, die unvermittelt und schuldlos beispielsweise von den massiv steigenden Energiepreisen getroffen werden. Schließlich hatten sie in den vergangenen Wochen kaum Chancen, kurzfristig Substitutionsmöglichkeiten zu finden. Inwieweit die aktuelle Absenkung staatlicher Preisaufschläge auf Energie hilfreich ist, wird sich erst im Herbst nach Beendigung dieser Maßnahme zeigen.



Die Autorin ist Präsidentin des IfM Bonn. Zugleich hat sie die Professur für Management von kleinen und mittleren Unternehmen und Entrepreneurship an der Universität Siegen inne. Die Kolumne erscheint in Kooperation mit der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle (KSZ) in Mönchengladbach.